

Der Bundesminister des Auswärtigen

L 1 - 86.13

Bonn, den 14. Oktober 1963

An den Herrn
Präsidenten des Deutschen Bundestages

Betr.: **Die politische und wirtschaftliche Tätigkeit des Rates
der Westeuropäischen Union**

Bezug: **Kleine Anfrage der Abgeordneten Dr. Meyer (Frank-
furt), Dr. Zimmer und Genossen**
— Drucksache IV/1483 —

Die Kleine Anfrage beantworte ich im Einvernehmen mit dem
Herrn Bundesminister für Wirtschaft wie folgt:

Nach Ansicht der Bundesregierung hat der Rat der Westeuro-
päischen Union bei den Bemühungen um die Einigung Europas
eine bedeutsame Aufgabe.

Der Rat, in dessen Beschlüssen das gemeinsame Wollen der
Regierungen der Mitgliedstaaten seinen Ausdruck findet, hat
sich mit der Empfehlung Nr. 94 der Versammlung der West-
europäischen Union eingehend befaßt. Das Ergebnis seiner
Beratungen ist in der Antwort auf die Empfehlung zusammen-
gefaßt, die wie folgt lautet:

„Die sieben Mitgliedstaaten der WEU haben schon in der
Vergangenheit wiederholt einen Gedankenaustausch über
allgemeine Probleme von gemeinsamem Interesse im Rahmen
des Rates vorgenommen. Nach der Übereinkunft zwischen
den sieben Mitgliedstaaten der WEU auf Grund der am
11. Juli d. J. vom Ministerrat der EWG in Brüssel getroffe-
nen Entscheidung soll dieser Austausch jetzt in regelmäßi-
ger Form wiederaufgenommen werden.

Die Arbeitsweise des Ständigen Rats und des Sekretariats
der WEU erscheint unter den gegenwärtigen Umständen gut
geeignet, die Aufgaben der Organisation zu erfüllen. Der
Rat wird die Versammlung weiterhin so vollständig wie
möglich über seine Arbeit unterrichtet halten.

Die kürzlich von den sieben Regierungen gefaßten Beschlüs-
se zeugen von dem Wunsch der Mitgliedstaaten, die der
WEU übertragenen Aufgaben so vollkommen wie möglich
zu erfüllen.“

Schröder